

Stellungnahme zum Kalibergwerk wird nicht veröffentlicht

Politiker sauer: Kreisverwaltung hat sie nicht an Statement im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beteiligt / Montag Thema im Ausschuss

VON SEBASTIAN KNOPPIK

KREIS HILDESHEIM. In den Räten von Giesen, Nordstemmen und Sarstedt wurde in den vergangenen Wochen ausführlich über die Stellungnahmen zur geplanten Wiederinbetriebnahme des Giesener Kalibergwerks diskutiert. Schließlich handelt es sich ja um ein Projekt, das die Lebensbedingungen der Menschen in der Region auf Jahrzehnte beeinflussen wird. Der Landkreis hingegen hat seine Stellungnahme ohne Beteiligung der Politik erarbeitet. Veröffentlicht werden soll sie nicht.

Am Montag steht die Wiedereröffnung des Bergwerks im Ausschuss für Kreisentwicklung des Landkreises auf der Tagesordnung (15.30 Uhr, Kleiner Sitzungssaal). Dann wird die Verwaltung den Politikern Bericht über die Stellung-

nahme des Landkreises erstatten, die bereits am vergangenen Montag abgesandt wurde – pünktlich zum Ende der Frist im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens.

„Das Verfahren halte ich für völlig unbefriedigend“, ärgert sich der Sarstedter Kreistagsabgeordnete Friedhelm Prior. Die Ausschüsse des Kreistags hätten bereits vorab beteiligt werden müssen, findet Prior. Das Vorgehen der Kreisverwaltung ist seiner Meinung nach „nicht sachgerecht“. Und auch die SPD-Ausschussvorsitzende Erika Hanenkamp hätte sich eine Beteiligung der Politik gewünscht: „So ist es sehr unbefriedigend.“ Sie will nun am Montag mit der Kreisverwaltung darüber sprechen, wie künftig in solchen Fällen verfahren werden soll.

Der zuständige Dezernent der Kreis-

verwaltung, Helfried Basse, weist die Vorwürfe zurück. „Bei uns ist das ein Geschäft der laufenden Verwaltung“, sagt er. Die Beteiligung des Landkreises am Planfeststellungsverfahren sei auch nicht mit der der Kommunen zu vergleichen. Die einzelnen Abteilungen des Landkreises nehmen laut Basse als „Fachbehörden“ Stellung. Dies gelte für die betroffenen Kommunen nicht.

Im Übrigen hätte der Kreistag das Thema auch an sich ziehen können. Er habe jedoch keinen Antrag aus der Politik bekommen, sagt Basse: „Wir müssen das nicht vorlegen.“ Ausschussvorsitzende Hanenkamp hingegen sieht die Verwaltung in der Pflicht. Die ehrenamtlichen Politiker seien schließlich erst auf die erforderliche Stellungnahme des Landkreises aufmerksam geworden, als

die betroffenen Gemeinden über das Thema öffentlich debattierten.

Ergänzungen der Stellungnahme sind aber laut Basse auch nach Ablauf der Frist noch möglich. „Diese Stellungnahme ist nicht die endgültige.“ Es sei grundsätzlich möglich, dann auch noch Anträge aus der Politik zu berücksichtigen.

Dezernent Basse will auch die Stellungnahme des Landkreises, die „sehr umfanglich“ sei, nicht öffentlich machen. Die Kreistagsmitglieder haben sie zwar erhalten. Interessierte Bürger sollen hingegen keinen Einblick bekommen. Auch eine Veröffentlichung im Internet sei nicht vorgesehen. „Das ist ein völlig normaler Vorgang“, findet Basse. Eine Veröffentlichung der Stellungnahme sei im Verwaltungsverfahrensgesetz nicht vorgesehen.

Mehr Transparenz wagen!

KOMMENTAR

VON SEBASTIAN KNOPPIK



Es mag sein, dass Dezernent Basse recht hat und die Beteiligung der Politik an der Stellungnahme zum Kali-Werk sowie dessen Veröffentlichung gesetzlich nicht vorgesehen sind. Aber die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks ist ein für die Bevölkerung so wichtiges Projekt, dass die Politik und damit auch die Öffentlichkeit auf jeden Fall beteiligt werden soll-

ten – egal ob das nun gesetzlich vorgeschrieben ist oder nicht.

Dass eine möglichst umfassende Beteiligung der Bürger wichtig ist, hat nicht zuletzt Stuttgart 21 gezeigt. Wenn die Menschen nicht so weit wie möglich informiert werden, fühlen sie sich zu Recht übergangen. Dann gibt es vielleicht erst dann Proteste, wenn die Betroffenen die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen spüren. Und das wäre fatal. Die Behörden sind daher gut beraten, die Öffentlichkeit so weit wie möglich zu informieren und zu beteiligen. Denn maximale Transparenz sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein.